

**Rede zur WestLB** (Plenarsitzung vom 17.04.2008)

**Präsidentin Regina van Dinter:**

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

11 WestLB konsolidieren – Novellierung des Sparkassengesetzes verschieben

Antrag  
des Abgeordneten Rüdiger Sagel (fraktionslos)  
[Drucksache 14/6507](#)

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
[Drucksache 14/6596](#)

Ich eröffne die Beratung und gebe Herrn Sagel das Wort.

**Rüdiger Sagel**<sup>\*)</sup> (fraktionslos): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Die WestLB ist voll in den Strudel der sogenannten Subprimekrise geraten. Es gibt Verluste in Milliardenhöhe. Die Bank soll nun einseitig auf dem Rücken der Beschäftigten, der Sparkassen und der Steuerzahler saniert werden. Im Schatten der Krise steht der gesamte öffentlich-rechtliche Sparkassensektor in NRW zur Disposition.

Nur scheinbar kommt ans Licht, wie hoch die Verluste bei der WestLB in Wirklichkeit sind. Erst war von einem dreistelligen Millionenbetrag die Rede, dann sollte es 1 Milliarde € sein. Jetzt müssen 2 Milliarden € sofort in die ansonsten zahlungsunfähige WestLB gepumpt werden. Darüber hinaus ist ein sogenannter Risikoschild von 5 Milliarden € über die WestLB gespannt worden, der arg knapp bemessen scheint angesichts der Tatsache, dass die von der Subprimekrise betroffenen Portfolios der WestLB, die jetzt in eine Zweckgesellschaft ausgegliedert werden, einen Wert von nominal 23 Milliarden € haben.

„Bilanztricks retten WestLB“ titelte das „Handelsblatt“ zutreffend am 3. April 2008. Die Kosten für die Zockerei werden den Steuerzahlern und -zahlerinnen aufgebürdet. Allein auf die Kommunen kommen Millionenausfälle bei der Gewerbesteuer zu, die auf die Rückstellungen aus dem Betriebsergebnis vor Bewertung bei den Sparkassen in überwiegend zweistelliger Millionenhöhe zugunsten der WestLB-Rettung zurückzuführen sind. Hinzu kommen drastische Rückgänge bei Gewinnausschüttungen, weniger Zuweisungen an Stiftungen sowie Belastungen der beiden Landschaftsverbände für deren WestLB-Anteile, die in den nächsten Jahren über die Landschaftsverbandsumlage ebenfalls von den Kommunen zu tragen sind.

Die Landesregierung hat bisher kein tragfähiges Modell für die Zukunft der WestLB vorgelegt. Die Fusion der WestLB mit der Hessischen Landesbank war eine der zentralen Punkte der gemeinsamen 10-Punkte-Erklärung der Anteilseigner. Diese Fusion ist dank der konsequenten Haltung der hessischen Sparkassen, die ihrerseits – leidgeprüft durch die Einführung handelbaren Stammkapitals – ausschließlich politischen Interessen unterworfen wurden, gescheitert.

Nichtsdestotrotz beabsichtigt die CDU/FDP-Landesregierung -sozusagen im Windschatten der WestLB-Krise – weitere Restrukturierungsmaßnahmen, die letztlich nur ein Ziel haben:

die Schwächung und damit letztlich die Zerschlagung des öffentlich-rechtlichen Sparkassensektors in NRW.

So konnte die Landesregierung durchsetzen, dass die WestLB nicht nur das Geld, sondern auch Teile des Geschäfts der Sparkassen an sich ziehen kann. Die geplante Ausweitung des WestLB-Mittelstandsgeschäfts auf Kosten der Sparkassen – und in Konkurrenz zu ihnen – ist dazu ein erster Schritt.

Ich habe nicht so viel Zeit; deswegen nenne ich einmal konkret die Punkte, die ich fordere und was man hier beschließen kann:

Der Landtag spricht sich für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen, ihre kommunale Einbindung und eine Stärkung ihrer Gemeinwohlorientierung aus. Die Bestrebungen der Landesregierung, sie mit der WestLB vertikal zu fusionieren bzw. für private Investoren zu öffnen, sind abzulehnen. Außerdem sind die permanenten Drohungen mit einer Novellierung des Sparkassengesetzes unverzüglich einzustellen. Wer in Krisensituationen mit den Kommunen und den Sparkassen angemessen reagieren will, ist dringend auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit angewiesen.

Die Novellierung des Sparkassengesetzes muss verschoben werden, bis die Konsolidierung der WestLB abgeschlossen ist. Das gilt insbesondere für die Einbeziehung der Sparkassen in die kommunale Bilanz nach dem NKF/Trägerkapital.

Für die Landesbank besteht die Notwendigkeit, in eine umfassende Diskussion über Ausrichtung der Geschäftspolitik einzutreten. Für die WestLB heißt das, ihre Geschäftspolitik an dem Ziel neu auszurichten, dass sie verstärkt auf ihre Funktion als Landesbank zurückgeführt wird, die als Zentralbank der Sparkassen für die Bürgerinnen und Bürger agiert und sich an dem Finanzbedarf der regionalen Wirtschaft orientiert.

Die Vorgänge, die zum Finanzdesaster bei der WestLB geführt haben, müssen lückenlos aufgeklärt und entsprechende personelle Konsequenzen gezogen werden.

Banken mit Gemeinwohlauftrag wie der WestLB muss das hochriskante Treiben im globalen Finanzkasino verboten werden. Entsprechende Regelungen und Gesetze müssen umgehend in den Bundesrat eingebracht werden.

Ich danke für Ihre kaum vorhandene Aufmerksamkeit.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Sagel. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Lienenkämper von der CDU-Fraktion auf.